

Facharbeitsgruppe 4

Nutzen und Wirksamkeit Kommunaler Koordinierung

Beitrag von Dr. Tagrid Yousef, Integrationsbeauftragte und Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Krefeld

Als Tochter eines Gastarbeiters, der Anfang der 60er Jahre nach Deutschland kam, holte meine Vater mich und meine Mutter 1968, ich war ein Jahr alt, nach Deutschland zu sich. Ich wuchs in einer deutschen Umgebung auf. Palästinenser, wie wir es waren, gab es keine in unserer Nachbarschaft. Auch Familien aus anderen Ländern waren eher die Seltenheit. Meine Sozialisation war eine Deutsche, im katholischen Kindergarten sogar mit christlichem Touch! Nach der Grundschule fanden meine Lehrer, dass ich eher auf die Hauptschule sollte, als ein Gymnasium zu besuchen. Ich hatte zwar Potential, zählte aber bezüglich meiner Unterrichtsbeiträge eher zu den etwas ruhigeren Kindern. Mein Vater stimmte zu, denn für die islamische Erziehung eines jungen Mädchens stand die Schulbildung nicht unbedingt an erster Stelle. Auf der Hauptschule versuchten meine Lehrer vergeblich meinen Vater umzustimmen, mich ein Gymnasium besuchen zu lassen. Erst nach der zehnten Klasse und meiner erreichten Qualifikation, konnte ich aufs Gymnasium wechseln, mein Abitur machen und schließlich Biologie studieren.

Nun, warum erzähle ich diese Geschichte? An dieser Herangehensweise hat sich leider nicht viel verändert. Das deutsche Bildungssystem ist immer noch sehr darauf bedacht, Defizitender Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen, als sich um die mitgebrachten Potenziale zu kümmern, die gerade Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte mitbringen. Warum ist das so? Wie kommt es dazu?

Das deutsche Bildungssystem hat sich zur obersten Aufgabe gemacht, „kein Kind zurückzulassen“. Diese Devise steht im Zusammenhang mit einem gesamtgesellschaftlichen als auch einem volkswirtschaftlichen Interesse. Setzen wir das wirklich um? Sicherlich sind wir an vielen Stellen schon weiter, als zu meiner Schulzeit. Leider aber noch nicht weit genug. Als vor zwei Jahren in NRW das Bildungs- und Teilhabegesetz umgesetzt worden ist, sind in 49 Kreisen und kreisfreien Städten (von 52) Kommunale Integrationszentren (KI) eingerichtet worden. Die Landesweite Koordinierungsstelle dieser KI's (LaKI) mit Sitz in Dortmund, ist eine Nachfolge der ehemaligen RAA (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien). Die Aufgabe dieser Integrationszentren liegt darin, ein besonderes Augenmerk auf die Kinder mit Zuwanderungsgeschichte zu legen und Schulen und andere Bildungspartner auf die besonderen Potenziale aufmerksam zu machen. Es geht also um eine umfassende Bildung und eine soziale Teilhabe. Dies geht aber nicht wie in einer Einbahnstraße. Integration muss sowohl von der Mehrheitsgesellschaft als auch von den Migranten vollzogen werden. In NRW ist daher ein erweitertes Bildungsverständnis oberste Priorität. Diese Umsetzung erfolgt im Kontext kommunaler Daseinsvorsorge, im Rahmen von regionalen Netzwerken in der

kommunalen Koordinierung und in der Bildungsarbeit. Unter den Netzwerken gilt das Prinzip der Verantwortungsgemeinschaft und der Arbeit auf Augenhöhe. Die Kommunalen Integrationszentren besitzen dabei spezifische Expertisen, die im Rahmen von kompatiblen Konzepten interkultureller und durchgängiger sprachlicher Bildung entlang der gesamten Bildungskette und Bildungsbiographie unterstützend wirken. Das Augenmerk liegt dabei nicht nur auf das einseitige Vermitteln der deutschen Sprache, sondern vor allem unter Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit die die Kinder selbstverständlich mitbringen. Die KI's haben dabei den Auftrag, zwei fachliche Linien zu bearbeiten und kommunal zu verankern: Es geht darum den Grundgedanken der Integration durch Bildung mit der Querschnittsaufgabe (z.B. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Gesundheit, Wirtschaft, Sport oder sozialraumorientierte Konzepte) zu verknüpfen. Das Land fördert die KI's mit 5,5 Stellen.

Auch die Wege der Jugendlichen in die Arbeitswelt, müssen verbessert werden. Sie müssen so gestaltet werden, dass sich für alle Jugendlichen gute Zukunftsperspektiven eröffnen. Dazu wurde in NRW z. B die Aktion „Mein Beruf – Meine Zukunft“ ins Leben gerufen. Hier werden durch die Einbindung der Migrantenselbstorganisationen Eltern und Jugendliche eingeladen, um sie über die Beruflichen Schulen und den Möglichkeiten der Ausbildungen zu informieren. Laut der aktuellsten OECD Studie, sind 35 Millionen junge Menschen erwerbslos. Jeder Einzelne von ihnen ein großer Verlust für die gesellschaftliche Entwicklung. Das hängt u.a. auch mit der mangelnden Kenntnis über die beruflichen Möglichkeiten zusammen. Das berufliche Bildungssystem kann enorm von den Potenzialen der Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte profitieren. Denn nicht jeder Jugendliche sollte studieren. Was bringen uns „Schweißer mit Köpfchen, aber ohne Händchen“, so Rudolf Strahm in seinem 2014 erschienen Buch „Die Akademisierungsfalle“. Hier mahnt Strahm davor, dass in den Ländern, in denen die duale Ausbildung ein großes Standbein für die innovative Entwicklung darstellt, einen Entwicklungsrückschritt zeigen, weil alle glauben, ohne Abitur und Studium würde es keine Zukunft geben. Genau an dieser Stelle muss intensiver aufgeklärt werden und wird sich zukünftig u.a. der Nutzen der kommunalen Koordinierung zeigen.

„Die Kommunalen Integrationszentren sind das Herzstück des teilhabe- und Integrationsgesetzes und verfolgen das Ziel, die Integration vor Ort, von allen und mit allen, zu verstärken und zu unterstützen.“ Alle Beiträge der Partner liegen dabei auf ihren Kompetenzen. Hier geht es nun darum, beim verstärkten Aufbau der Kommunalen Koordinierung, parallele und doppelte Strukturen zu vermeiden. Gleichzeitig sollte auf eine hohe Nutzung der vorhandenen Ressourcen geachtet werden.

Krefeld, 29. Mai 2015